

DGB Bezirk Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Enquetekommission
„Norddeutsche Kooperation“
Herrn Vorsitzenden
Markus Matthießen

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Telefon: 040/2858-217
Telefax: 040/2858-229

Helmut Uder

email: helmut.uder@dgb.de

Mitarbeiterin

Anja Plewig

email: anja.plewig@dgb.de

Per Mail:

enquetekommission@landtag.ltsh.de

Abteilung
Beschäftigungspolitik

Unsere Zeichen
ud/AP
Alt+E+N

Datum
31.05.10
Bitte Datum sechsstellig lassen!

Betreff

**Stellungnahme zu den Fragestellungen der Enquetekommission
„Norddeutsche Kooperation“**

Anrede

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Matthießen,
sehr geehrte Damen und Herren!

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Kommissionsvorlage 17/10**

Text

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben, übersende ich Ihnen einige
Anmerkungen zu Ihrem umfangreichen Fragekatalog.

Vorbemerkung:

Natürlich können die Auswirkungen, die Chancen und Risiken einer norddeutschen Kooperation in einem Bundesland diskutiert und beraten werden. Sinnvoller erscheint mir jedoch, wenn die Themen und Fragestellungen zusammen mit den angestrebten Partnerländern beraten würden. Denn bei einer gewollten verstärkten Kooperation, vielleicht sogar hin bis zu einer Fusion, muss auch gegenseitiges Vertrauen und Verständnis aufgebaut und unterschiedliche Mentalitäten, die beispielsweise zwischen einem Stadtstaat und einem Flächenland bestehen, abgebaut werden.

Grundsatz:

Grundsätzlich hält der DGB Bezirk Nord eine Intensivierung der Kooperation in Norddeutschland für notwendig und sinnvoll. Wirtschaftsräume und Arbeitsmärkte machen an den Landesgrenzen nicht Halt. Die kleinteilige Durchsetzung landespolitischer Interessen wird in Europa und in einer globalisierten Welt immer schwieriger. Um für die Region die besten Chancen für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen, ist eine engere Verzahnung das Gebot der Stunde. Dabei sollte man sich nicht von den Auswirkungen der aktuellen Finanz- und

Wirtschaftskrise treiben lassen, aber durchaus die Chance nutzen, systematisch verstärkte Kooperationen einzuleiten.

Verwirrend ist manchmal die räumliche Abgrenzung der Kooperationen. Geht es um Schleswig-Holstein und Hamburg? Das wäre sicherlich die einfachste Übung. Soll Mecklenburg-Vorpommern einbezogen werden? Gehören Niedersachsen und Bremen dazu? Gerade durch die Größe von Niedersachsen verschieben sich die politischen Gewichte in der Zusammenarbeit. Sollte es eine Kernzone einer intensiven Kooperation geben (Schleswig-Holstein und Hamburg), die je nach Lage der Dinge bei speziellen Themen auf weitere Bundesländer ausgedehnt wird?

Bisherige Kooperationen:

Die bisherigen Kooperationen, zum Beispiel Statistisches Landesamt, Dataport, Eichämter können nur als erster Schritt gewertet werden. Meines Erachtens sollten weitere Schritte zur Zusammenarbeit unternommen werden.

Metropolregion:

Die Metropolregion Hamburg hat unbestritten eine herausragende wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung für den gesamten norddeutschen Raum. Über 200.000 Einpendlern nach Hamburg machen dies deutlich.

Die Arbeit der Metropolregion ist überwiegend bürokratisch, verwaltungstechnisch geprägt. Es findet keine signifikante Einbeziehung der Bevölkerung statt und selbst bei manchen Kommunalpolitikern in Schleswig-Holstein gibt es keine großen Kenntnisse über die Arbeit (trotz der zahlreichen interessanten Veranstaltungen), geschweige denn Begeisterung über die Metropolregion.

Die Arbeit in der Metropolregion wird erschwert durch das Durcheinander/ das Nebeneinander von Landes- und Kommunalpolitik. Bedauerlich ist auch, dass die Gruppen der Zivilgesellschaft, insbesondere die Wirtschafts- und Sozialpartner nicht mehr so intensiv einbezogen werden.

Aus der Sicht des DGB Bezirk Nord ist die Zusammenarbeit in der Metropolregion sinnvoll. Um zu einer zukunftsfähigen Entwicklung der Gesamtregion zu kommen, muss das Agglomerationszentrum mit dem Umland auf gleicher Augenhöhe kooperieren.

Die weiter zurückliegende Vergangenheit war dadurch geprägt, dass die Hamburger den Schleswig-Holsteinern vorwarfen, Unternehmen ins Umland abzuwerben („Speckgürtel“). Heute haben wir die Situation, dass die Betriebe, die ins Umland gehen, in der Metropolregion gehalten werden. Es gibt eine Abstimmung in der Gewerbegebietsentwicklung, um für die Gesamtregion optimale

Betriebsansiedlungen zu ermöglichen. Die Entwicklung einer gemeinsamen Gewerbeflächenkonzeption für die Metropolregion stellt eine positive Entwicklung dar, die fortgesetzt werden sollte.

Wenn es eine norddeutsche Kooperation insgesamt gibt (auf der Ebene der Bundesländer), dann stellt die regionale Kooperation der Metropolregion eine sinnvolle Ergänzung dar (auf kommunaler Ebene). So wie heute die Ländergrenzen keine Grenzen für die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Entwicklung darstellen, wird dies auch für die Grenzen der Metropolregion gelten. Werden spezielle wirtschaftliche Cluster gebildet, um Unternehmen zu fördern, mehr Innovationen zu ermöglichen, dann sollte/müsste dies Länder übergreifend erfolgen.

Schlussfolgerung: Wir wünschen eine Fortsetzung und Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg.

Erfahrungen des DGB:

Der DGB Bezirk Nord hat keine länderübergreifende Zusammenarbeit organisiert, sondern es existiert ein Bezirk für drei Bundesländer (Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern). Wir arbeiten im Norden nicht als Kooperationspartner zusammen sondern sind eine Einheit. Als der damalige DGB Landesbezirk Nordmark vor über 60 Jahren in Lübeck gegründet wurde, war er von vornherein als ein Bezirk für Schleswig-Holstein und Hamburg konzipiert worden. Deshalb ist uns die Vorstellung einer gemeinsamen Politik von Hamburg und Schleswig-Holstein praktisch in die Wiege gelegt worden. 1999 erfolgte dann in Lübeck die Bildung des einheitlichen DGB Bezirk Nord, der aus den früheren Bezirken Nordmark und Mecklenburg-Vorpommern gebildet wurde.

Es gibt für uns zahlreiche Gründe, die für diese Konstruktion sprechen. Ich nenne, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, einige Beispiele:

- Überregionale Infrastrukturprojekte
- Europa- und Ostseepolitik
- Kooperation in der südlichen Ostsee
- Arbeitsmarktpolitik
- Demografische Entwicklung
- Energie- und Klimapolitik
- Wissenschafts- und Forschungspolitik

Abschließende Bemerkung:

Ich wollte für die Enquetekommission keine umfassende wissenschaftliche Abhandlung schreiben sondern bin nur in gebotener Kürze auf einige Ihrer Fragestellungen eingegangen.

Gerne stehen Vertreter/innen des DGB Bezirk Nord zu weiteren Gesprächen sowohl der Enquetekommission als auch den einzelnen Landtagsfraktionen zur Verfügung.

Zu der für den 28. Juni 2010 geplanten Sitzung müssen wir uns leider entschuldigen, da wir bereits andere Terminverpflichtungen eingegangen sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Helmut Uder
Abt. Wirtschafts-, Struktur- und
Arbeitsmarktpolitik
BASTUN – Baltic Sea Trade Union Network
BSLN – Baltic Sea Labour Network